



Stadt Kamen

Niederschrift

PSV

über die
2. Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
am Montag, dem 03.04.2017
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Peter Holtmann
Herr Maurice Keßler
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Bastian Nickel
Herr Klaus Slomiany

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Wilhelm Kemna
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Francesco Müller

FW/FDP

Frau Heike Schaumann

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses

Herr Karl Breckner
Herr Heinrich Kissing

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Frau Ulrike Klein
Herr Dr. Uwe Liedtke

Gäste

Dennis Stocksmeier

Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Klaus Michalik
Frau Ina Scharrenbach
Herr Marc Westerhoff
Herr Martin Wilhelm

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, Zuhörer/innen sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Mit Blick auf den eingegangenen Sachantrag der CDU-Fraktion (neu TOP 3-1) wurde die Nachtragstagesordnung nebst Antrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage verteilt.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 03.04.2017 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	034/2017
2	Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität hier: Bericht des beauftragten Büros Planersocietät	
3	Tempo 30 auf der Brameyer Straße hier: Antrag der SPD-Fraktion	
3.1	Antrag der CDU-Fraktion	
4	Novellierung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW) hier: Information über wesentliche Änderungen der Landesbauordnung	
5	Fußgängerbedarfsampeln K40n (Spange Südkamen) hier: Vorstellung der Simulation zur Signalplanung	
6	Produkthaushalt 2017: Brückenmaßnahmen Nr. #585, #586, #587 und #588 hier: Antrag der CDU-Fraktion	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Rolf **Lepke** stellte fest, dass sein Beitrag aus der Sitzung vom 14.02.2017 in der Niederschrift nicht korrekt wiedergegeben worden sei. Außerdem habe er am 14.12.2016 eine Anfrage an die Stadt Kamen im Hinblick auf die Leerung und Reinigung der Sinkkästen an der Lünener Straße gestellt und erst am heutigen 03.04.2017 eine Rückantwort erhalten.

Herr **Dr. Liedtke** teilte mit, dass diese Fragen nicht für die Einwohnerfragestunde geeignet seien. Fragen zur Niederschrift seien an das Ratsbüro, Frau Peppmeier, zu richten. Bezüglich der Bearbeitungszeiten der Anfrage möge Herr Lepke sich bitte an das Bürgermeisterbüro wenden. Nach einer Unterhaltungsvereinbarung zwischen Straßen.NRW und der Stadt Kamen sei die Stadt Kamen für die Straßenreinigung und Unterhaltung der Sinkkästen an der Lünener Straße zuständig, der Bereich der Hochstraßenaufahrt sei aber hiervon ausgespart, hier liege die Zuständigkeit der Straßenunterhaltung bei Straßen.NRW. Gelegentlich würde hier jedoch auch die Stadt Kamen tätig werden.

Zu TOP 2.

Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität

hier: Bericht des beauftragten Büros Planersocietät

Herr **Stocksmeier** vom Büro Planersocietät Dortmund stellte zunächst sein Büro vor, welches mit der Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes durch die Stadt Kamen beauftragt worden sei. Des Weiteren ging er in seinem Vortrag ein auf Planungsschwerpunkte, Projektablauf, Analysephase, CO₂-Bilanz, Maßnahmenkatalog/Handlungsplan und Controllingkonzept. Im Rahmen der Konzepterstellung sei eine umfängliche Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung in den Stadtteilen mit Stadtteilsparzierung bzw. –radtour sowie jeweils anschließenden Workshops ab Ende Mai/Anfang Juni eingeplant. Die Einzelheiten können der im Ratsinformationssystem hinterlegten Präsentation entnommen werden. Das gesamte Konzept solle bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Ergänzend dazu, werde auch das Bahnhofumfeld durch die Planersocietät auch im Zusammenhang mit dem Projekt „RS 1 als Innovationsband für eine integrierte Stadtentwicklung“ betrachtet werden. *(Dazu hatte Herr Breuer in der Sitzung des PSV am 14.02.17 ausführlich berichtet).*

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass es erhebliche Schnittschnellen zur Arbeit des Umwelt- und Klimaschutzausschusses geben würde. In der Zwischenzeit sei ein Klimaschutzmanager eingestellt worden, der zum 01.05.2017 seine Tätigkeit bei der Stadt Kamen aufnehmen würde und bereits Erfahrungen in diesem Tätigkeitsfeld bei einer anderen Gemeinde gesammelt habe. Auch er werde sich in die Erarbeitung des Konzeptes einbringen. In der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses am 27.04.2017 werde sich der neue Klimaschutzmanager vorstellen.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach der Vernetzung der verschiedenen Fortbewegungsarten.

Herr **Stocksmeier** erläuterte, dass die Schnittstellen des öffentlichen Personennah- und Radverkehrs sicherlich betrachtet würden und auch die Konfliktpotentiale zwischen Fußgänger- und Radverkehr berücksichtigt würden.

Herr **Breuer** ergänzte, dass der Kreis Unna als Träger des ÖPNV ebenfalls Mitglied im Arbeitskreis der Verwaltung zur Erstellung des Nahmobilitätskonzeptes sei. Darüber hinaus ergebe sich auch eine Vernetzung dadurch, dass der Kreis Unna zurzeit mit dem gleichen Planungsbüro einen neuen Nahverkehrsplan aufstelle.

Herr **Diederichs-Späh** dankte Herrn Stocksmeier für den Vortrag.

Auf Nachfrage von Herrn Diederichs-Späh erläuterte Herr **Stocksmeier**, dass bei der CO₂-Bilanz die Äquivalente ebenfalls berücksichtigt würden. Das verwendete Onlinetool sei entsprechend geändert worden, dass die Treibhausgase ebenfalls in die Bilanzierung aufgenommen würden. Insofern sei darauf hinzuweisen, dass die Bilanzen untereinander nicht vergleichbar seien.

Weiterhin erkundigte sich Herr **Diederichs-Späh** nach der Qualität der Wegebeziehungen im Hinblick auf die Oberflächen.

Herr **Stocksmeier** erläuterte, dass eine Bestandserfassung derzeit laufe, bei der die Wegebreiten und –Oberflächen, Beschaffenheit sowie die Netzlücken aufgenommen würden. Herr **Diederichs-Späh** stellte fest, dass alle Radwege in Kamen an den Stadtgrenzen zu Dortmund und Lünen, außer dem Sesekeradweg, im „Nichts“ enden würden.

Auf die Frage einer diesbezüglichen Problemlösung erläuterte Herr **Stocksmeier**, dass die Betrachtungen nicht an der Stadtgrenze enden würden. Die Stadt Kamen sei außerhalb der Stadtgrenzen nicht Träger der Straßenbaulast, habe keine Umsetzungsmöglichkeit, nur das Mittel der Anregung im Wege der Einwirkung.

Herr **Müller** dankte Herrn Stocksmeier für den Bericht. Zum Thema Klimaschutz und Nahmobilität würden auch die Bereiche E-Bikes und E-Autos gehören. Er erkundigte sich, inwieweit das Konzept auch den Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur sowie die Umrüstung der VKU-Busse auf Elektro- oder Hybridantrieb beinhalten würde.

Der vermehrte Einsatz von Pedelecs würde berücksichtigt, da dies auch Auswirkungen auf Radwegebreiten und Ladestationen hätte, so Herr **Stocksmeier**. Die Themen E-Auto und E-Busse würden nicht berücksichtigt, Nahmobilität sei nicht gleich Nahverkehr. Nahmobilität beziehe sich auf Rad- und Fußverkehr, der ÖPNV gehöre nicht dazu. Eine Verknüpfung der Verkehrsmittel würde allerdings betrachtet.

Herr **Krause** bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls für den Vortrag. Die definierten Maßnahmen würden sich aus den Untersuchungen und Workshops ergeben und würden durch die Stadt Kamen umgesetzt werden.

Auf die Frage nach der Dauer der Umsetzung erläuterte Herr **Stocksmeier**, dass diese sicherlich 10 – 15 Jahre dauern könnte, je nach Haushaltslage der Stadt Kamen.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob die Verringerung der Lärmmissionen und Feinstäube sowie die Themen Fernmobilität und Rebound-Effekt auch im Konzept berücksichtigt würden.

Zu den Lärm- und Luftmissionen könnten in geringem Maße Annahmen getroffen werden, so Herr **Stocksmeier**. Allerdings ließe sich konkret schwer beurteilen, wie sich durch die dargestellten Maßnahmen die PKW-Verkehre verändern würden. Die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehre, also Intermodalität, würde betrachtet und gefördert.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn Stocksmeier für den Sachstandsbericht und die Darstellung der weiteren Vorgehensweise.

Zu TOP 3.

Tempo 30 auf der Brameyer Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Krause** und Herr **Diederichs-Späh** verständigten sich darauf, die jeweiligen Anträge der SPD- und CDU-Fraktion zum Tempo 30 auf der Brameyer Straße zusammenzufassen, allerdings unter Wegfall der Formulierung „kurzfristig“ im CDU-Antrag unter Punkt 2.

Auf Nachfrage von Frau **Dörlemann** und Herrn **Müller** erläuterte Herr **Dr. Liedtke**, dass eine frühere Breitstellung des CDU-Antrages für die Fraktionen nicht möglich gewesen sei, da der Sachantrag erst nach Erstellung der Einladung eingegangen sei. Beide Bereiche, Brameyer und Mühlhauser Straße würden in das Nahmobilitätskonzept einfließen.

Herr **Lipinski** erläuterte auf Nachfrage von Herrn **Müller**, dass aufgrund des späteren Antragseingangs des CDU-Antrages eine Nachtragstagesordnung erstellt worden sei. Die Verkehrsberuhigungen in den Bereichen der Brameyer und Mühlhauser Straße würden im Rahmen der Nahmobilitätsuntersuchung geprüft. Aufgrund der gemeinsamen Zielrichtungen der Anträge und der Anregung einer gemeinsamen Abstimmung würde über beide Anträge gemeinsam abgestimmt.

Auf Nachfrage von Frau **Dörlemann** erläuterte Herr **Dr. Liedtke**, dass im Rahmen der Prüfungen zum Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität auch geprüft würde, ob die Brameyer Straße nur für Fußgänger und den landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben würde.

Auf Nachfrage von Herrn **Lipinski** stimmte Herr **Diederichs-Späh** der gemeinsamen Abstimmung über beide Anträge zu.

Beschluss:

1. Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Brameyer Straße zwischen dem Bahnübergang und der Schillerstraße Tempo 30 eingerichtet werden kann.
2. Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer bei der Benutzung der Mühlhauser Straße (Werver Mark/Mühlhauser Straße bis Mühlhauser Straße/Vöhdeweg) für Radfahrer und Fußgänger sicherer gestaltet werden kann.
3. Die Ergebnisse werden im Planungs- und Straßenverkehrsausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 3.1.

Antrag der CDU-Fraktion

siehe TOP 3

Zu TOP 4.
034/2017

Novellierung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
(Landesbauordnung – BauO NRW)
hier: Information über wesentliche Änderungen der Landesbauordnung

Herr **Dr. Liedtke** empfahl zur Änderung der Landesbauordnung die Synopse der Architektenkammer NRW, in der die Änderungen umfassend dargestellt seien. Es würden sicherlich noch Ausführungsbestimmungen erlassen werden, über die ggf. auch noch berichtet würde. Außerdem müsse voraussichtlich im nächsten Jahr eine Stellplatzsatzung beschlossen werden.

Herr **Diederichs-Späh** stellte fest, dass zum Thema „Barrierefreiheit“ nicht der Personenkreis der Blinden und Taubstummen und anderer Körperbehinderter, außer Rollstuhlfahrer, berücksichtigt worden seien. Außerdem würde ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus 2015 das gesamte Normensystem in Deutschland im Hinblick auf Bauprodukte in Frage stellen.

Herr **Dr. Liedtke** sei sich sicher, dass zum Thema „Barrierefreiheit“ noch Ausführungsbestimmungen erlassen würden. Der Behindertenbeirat würde auch über die neuen Regelungen informiert werden.

Herr **Breuer** erläuterte auf Nachfrage von Herrn **Standop**, dass für alle Bauanträge, die ab dem 28.12.2017 beschieden würden, neues Recht gelten würde. Somit müssten Antragseingänge spätestens ab Oktober/November 2017 bereits unter Zugrundelegung der novellierten Bauordnung bearbeitet werden. Herr Dr. Liedtke bestätigte auf Nachfrage von Herrn Standop, dass bis Dezember 2017 die Ausführungsbestimmungen zur Barrierefreiheit erlassen sein sollten.

Zu TOP 5.

Fußgängerbedarfsampeln K40n (Spange Südkamen)
hier: Vorstellung der Simulation zur Signalplanung

Herr **Breuer** stellte eine Simulation der beiden Fußgängerbedarfsampeln vor, die an der Südkamener Spange errichtet werden sollen. Die Simulation ist Bestandteil des mittlerweile vorliegenden Gutachtens. Die Simulation war wichtig für den Nachweis der Funktionalität. Das Gutachten führe aus, dass mit der Errichtung eines Kreisverkehrs und zwei Lichtsignalanlagen die Auslastung in der Spitzenstunde bei 46% liegen würde und somit die Qualitätsstufe A erreicht würde. Die Anlagen würden so aufeinander abgestimmt, dass sich möglichst wenig Halte für Kraftfahrzeuge auf der K 40n ergeben. Die Simulation habe ergeben, dass für beide Verkehrssituationen in der Morgen- und Abendspitze mit einem guten Verkehrsablauf zu rechnen sei. Ein Rückstau in den Kreisverkehr sei nicht zu erwarten. Die Anlagen könnten daher beide gebaut werden. Das Ergebnis des Gutachtens sei an den Kreis Unna weitergeleitet worden. Der Kreis Unna habe signalisiert, dass die Planungen geändert würden und die zweite Lichtsignalanlage im Bereich Barenbach in die Planungen aufgenommen und erstellt werden solle.

Zu TOP 6.

Produkthaushalt 2017: Brückenmaßnahmen Nr. #585, #586, #587 und #588
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte einleitend, dass die Ergebnisse aus der Brückenhauptprüfung, mit der ein externes Ingenieurbüro beauftragt worden sei, für alle 83 Brückenbauwerke noch nicht vorliegen würden. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause könnte evtl. mit einer Vorstellung aller Ergebnisse gerechnet werden.
Des Weiteren teilte er zur vorliegenden Anfrage mit:

Brücke Jägerweg/Lohheide (Fußgängerbrücke):

Es würde sich um eine Holzbalkenbrücke mit einer Länge von 20,5 m handeln, die mittlerweile 33 Jahre alt sei. Im vergangenen Jahr habe das Ingenieurbüro Werner, das die Brückenhauptprüfung durchgeführt habe, aufgrund der zahlreichen Schäden an der Holzkonstruktion des Überbaues und an den Auflagern beider Holzpfähle einen Neubau der Brücke empfohlen.

Im Haushalt 2017 sei ein Ansatz von 180.000 Euro eingestellt worden und für 2018 eine Verpflichtungsermächtigung über 100.000 Euro. Die Planungen für einen Neubau würden demnächst in Auftrag gegeben. Es sollten mehrere Varianten (Holz- Beton- oder Aluminiumbrücke) im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Da noch nicht feststehe, welche Form von Brücke gebaut würde, seien die Haushaltsansätze gewählt worden. Die Planungsalternativen würden dem Planungs- und Straßenverkehrsausschuss vorgestellt werden.

Brücke Wittenberger Straße über Seseke (Fußgängerbrücke)

Bei dieser Brücke handle es sich um ein Balken-, Plattenmischsystem aus Beton mit einer Länge von 19,90 m, erbaut im Jahr 1975. Auch hier wurde bei der Brückenhauptprüfung durch den Gutachter festgestellt, dass es eine Vielzahl von Schäden an der Stahlbetonkonstruktion des Überbaues geben

würde. Die Kostenschätzung für einen Brückenersatzbau würde bei ca. 130.000 Euro liegen. Auch hier würde man in die Planungen einsteigen.

Brücke Mühlentorweg (Fußgängerbrücke):

Bei der Brücke am Mühlentorweg über die Seseke würde es sich um eine Holzbalkenbrücke handeln, Baujahr 1981, mit einer Spannweite von rd 10 m. Auch hier habe die Brückenhauptprüfung zahlreiche Schäden an den Haupt- und Querträgern, den Lagerschwellen und am Geländer und Belag des Überbaues festgestellt, die durch die Feuchtigkeit und Verschattung hervorgerufen wurden. Hier komme eine Sanierung der Brücke mit einem Ersatzneubau des Holzbrückenüberbaues in Betracht.

Brücke Siegeroth über Barenbach (Fußgängerbrücke):

Auch hierbei würde es sich um eine Holzbalkenbrücke handeln, Baujahr 1988, Länge 6 m. Es würden zahlreiche Feuchtigkeitsschäden vorliegen an den Haupt- und Querträgern, den Lagerschwellen sowie am Geländer und Belag des Überbaues. Es würde eine Kostenschätzung für die Erneuerung des Holzbrückenüberbaus von 30.000 – 40.000 Euro vorliegen. Die Baumaßnahme solle dieses Jahr durchgeführt werden.

Unabhängig vom Antrag der CDU-Fraktion nahm Herr Dr. Liedtke noch zur Vinckebrücke an der Klosterstraße über die Seseke Stellung. Diese sei mit Blick auf die Umsetzung des Sesekepark-Projektes ebenfalls durch den Gutachter überprüft worden. Der Gutachter habe, wie bei den anderen Holzbrücken auch, tendenziell ein ähnliches Schadensbild festgestellt. Sofern eine neue Vinckebrücke errichtet werden sollte, könnten Städtebaufördermittel in Höhe von 80% in Anspruch genommen werden. Eine Konkretisierung werde kurzfristig erfolgen.

Auf die Frage von Frau **Müller** nach der Kostenschätzung für die Erneuerung der Vinckebrücke erläuterte Herr **Dr. Liedtke**, dass noch keine konkreten Planungen vorliegen würden. Der Gutachter würde die Kosten für den Ersatzneubau auf ca. 140.000 Euro schätzen, wovon 80% aus Städtebaufördermitteln finanziert werden könnten.

Herr **Müller** erkundigte danach, wann mit den Brückensanierungen begonnen würde und ob alle Brücken gleichzeitig saniert würden.

Die Bauprojekte (2 Sanierungen und 3 Ersatzneubauten) würden voraussichtlich nacheinander, je nach personellen Kapazitäten, ausgeführt werden, so Herr **Dr. Liedtke**. Als erstes würde die Brücke am Jägerweg bearbeitet werden; bis zum Sommer wolle die Verwaltung eine Planung nach Möglichkeit dem Ausschuss vorstellen. Zum Herbst solle der Brückenneubau erfolgen. Sanierungsarbeiten an den anderen Brücken könnten parallel laufen.

Herr **Diederichs-Späh** wies darauf hin, dass die Beschichtungen auf den Kappen an der Brücke Ostenallee noch fehlen würden.

Herr **Dr. Liedtke** teilte in Abstimmung mit Herrn Neuhaus mit, dass dies geprüft würde.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn Diederichs-Späh für den Hinweis.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Beschichtung der Kappen ist aufgrund der gewählten Betongüte nicht erforderlich.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen

Mitteilungen ergaben sich keine.

7.2 Anfragen

7.2.1 Firsthöhe Neubau Möcking

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach der derzeitigen Firsthöhe des Möckinggebäudes in der Nordstraße und nach der Firsthöhe der dargestellten Planung in der Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses vom 14.02.2017. Sie bat um schriftliche Mitteilung zum Protokoll oder an die Fraktionen.

Herr **Dr. Liedtke** sagte, dass die Bestandshöhe nachgesehen werden könne, die Planungen zum Neubau aber noch nicht vorliegen würden, so dass eine genaue Angabe derzeit nicht möglich sei. Es liege lediglich ein Entwurf vor, der sich noch ändern könne. Er sagte eine nochmalige Prüfung/ Recherche bezogen auf den Bestand und den vorliegenden Entwurf zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Bestandsgebäude der Fa. Möcking in der Nordstraße haben nach Aktenlage eine Firsthöhe von rund 17,50 m.

Das in der Sitzung des PUA am 14.02.2017 gezeigte Entwurfsgebäude der Fa. Beta sieht vier Geschosse und ein geneigtes Dach vor.

Damit wäre mit einer Realisierung des Entwurfsgebäudes eine Firsthöhe von 15,00 m bis 16,00 m zu erwarten.

7.2.2 Sitzbänke Fußgängerzone/Sesekepark

Herr **Standop** fragte an, ob im Zuge der Erneuerung der Sitzgelegenheiten in der Fußgängerzone und Neuerrichtung im Sesekepark teilweise Bänke mit einer Aufstieghilfe für bewegungseingeschränkte Menschen installiert werden könnten.

Nach Mitteilung des Fachbereiches 70 wird zurzeit an einer ästhetischen und haltbaren Lösung bei der Gestaltung der Bänke gearbeitet.

7.2.3 Gefahrenstellen im Bereich des Severinshauses

Herr **Kemna** wies auf eine Pflasterabsenkung im Bereich des Severinshauses hin und bat um Beseitigung der Gefahrenstelle.

Herr **Dr. Liedtke** teilte mit, dass bereits Überlegungen angestellt wurden.

7.2.4 Fahrspur für Radfahrer (Ostenallee – Querung Sesekeradweg)

Herr **Kissing** fragte an, ob, wie an der Brücke Ostenallee vorhanden, eine rote Fahrspur für kreuzende Radfahrer vom Sesekeradweg in den Mühlen-
torweg aufgebracht werden könnte.

Herr **Breuer** erläuterte, dass eine derartige Markierung nur zulässig sei,
wenn der Radverkehr bevorrechtigt sei.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, diese Frage im Rahmen des Nahmobilitätskon-
zeptes prüfen zu lassen.

7.2.5 LKW-Verkehr in Weddinghofer Straße

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass er beobachtet habe, dass Lastkraft-
wagen von der Hochstraße kommend, die zum Logistikpark A2 wollten, sich
in der Weddinghofer Straße verirren und die Töddinghauser Straße in Rich-
tung Lünener Straße wieder runterfahren würden. Er bat um ein Hinweis-
schild an der Weddinghofer Straße.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass es sich nur um eine Fehlleitung eines
Navigationssystems gehandelt haben könnte.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im nichtöffentlichen Teil der
Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses ergaben sich
nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
keine

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 19.20 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer